

Castor-Nachlese – was bleibt vom Industriestandort Lubmin?

Wir wollen keine Investoren verprellen - so der Tenor unserer Landesregierung - weshalb die überfällige Ablehnung des ursprünglich von DONG-Energie beantragten Steinkohlekraftwerkes bisher nicht erfolgte. Obwohl weit überzogene Fristen und nach wie vor fehlende Inhalte dies mehr als gebieten. Stattdessen unterschrieb unsere Landesregierung erneut am 19.08.2010 das aktualisierte regionale Raumentwicklungsprogramm (RREP) wieder mit einem Steinkohlekraftwerk in Lubmin.

Was das potentielle Steinkohlekraftwerk bereits ansatzweise geschafft hat, ist nun mit dem umstrittenen Castortransport endgültig - der Standort Lubmin dürfte für weitere anspruchsvolle Industrieansiedlungen verbrannt sein. Es ist nun landauf, landab und über die Bundesgrenzen hinaus bekannt, dass Lubmin ein zu meidender Standort ist - herzlichen Glückwunsch! Ebenso an Herrn Rittscher für dessen versenkte Infrastruktur-Millionen. Da kann man nur auf die Unabhängigkeit des Bundesrechnungshofes hoffen! Wer siedelt sich schon neben einem (terminlich völlig offenen) Lager für hochradioaktiven Müll an? Vielleicht eine Müllverbrennungsanlage für Importmüll - danke. Oder doch noch ein unzeitgemäßes, unkompatibles, und nicht benötigtes Steinkohlekraftwerk inmitten einer der beliebtesten deutschen Urlaubsregion?

Dabei muss klar gesagt werden, was sicher nicht jedem gefällt: Auch ein sofortiger gesamtdeutscher Atomausstieg würde das seit mehr als 35 Jahren existierende Problem nicht lösen. Es sind Schulden der Vergangenheit, die in aller Schärfe bestehen bzw. politische Leichen im Keller aller bisher regierenden Parteien.

Der Reihe nach:

Die **CDU** (Umweltminister Töpfer) hat in der Region für die Haupt-Deindustrialisierung gesorgt, indem er das gesamte Kernkraftwerk Lubmin sofort stillgelegt hatte (wahrer Hintergrund war nicht die Unzuverlässigkeit sondern „Überkapazitäten“). Aber auch die moderneren Blöcke 5+6 wurden damit „auf dem Altar der Wiederwahl“ geopfert. Die gleichen Blöcke laufen in neun Ländern immer noch unspektakulär und haben sogar größere Erdbeben schadlos überstanden. Ob das bei den übrigen bundesdeutschen AKW so gewesen wäre, ist fraglich. Und mit den Gewinnen aus dem Betrieb der Blöcke 5 und 6 hätte der Rückbau der Blöcke 1 bis 4 finanziert werden können, ohne den Steuerzahler übermäßig zu belasten.

Die **SPD** (Herr Gabriel) und die **Grünen** (Herr Trittin) unter Mithilfe von Herrn Ringstorf haben seinerzeit das Regierungsversprechen (nur radioaktive Hinterlassenschaften aus Lubmin und Rheinsberg einzulagern) gebrochen und 2004 die Fremdeinlagerung verfügt (s. OZ vom 17.12.2010 und gemäß Frau Kottling-Uhl am 17.12.10 im Bundestag). Diese Herren gebärden sich heute scheinheilig darüber, dass ein befriedeter Konsens zum mittelfristigen Atomausstieg erneut aufgebrochen wurde. Aber: Hat es je in der Region Vorpommern Demonstrationen gegen den Lubminer und Rheinsberger Müll gegeben?

Es ist schlicht die Unglaubwürdigkeit der Politik, die die Bevölkerung auf die „Barrikaden“ treibt und im mildesten Fall zur Politikverdrossenheit führt.

Es kann nicht sein, dass die Spitzen der (wechselseitigen) Regierungsparteien sich nur ständig mit sich selbst und dann gegen sich selbst beschäftigen - wen will man dann noch wählen? Welche Partei ist noch volksnah, ehrlich und nachhaltig? (Oder sind es nur noch abgehobene reine Wiederwahl-Parallelgesellschaften?)

Dass das keine zufälligen Einzelbeispiele von (z.T. vorsätzlichem) Politikversagen sind, zeigen folgende Fälle:

Die **CDU** hat die ehemalige Treuhandanstalt der früheren Bundesrepublik nach dem Krieg als Preußen Elektra bzw. den VEBA-Konzern an die Börse gebracht und das Geld vereinnahmt. Das Ergebnis ist der heutige private Stromkonzern Eon. Dieser ist im Prinzip auf die CDU zurückzuführen. Weiterhin hat die CDU das Atommüll-Desaster Asse politisch zu

verantworten und den Standort Gorleben - der sich nicht auf der Liste der bevorzugt zu untersuchenden Formationen durch die gutachterlich beauftragten Geologen befand - politisch entschieden. Letzteres konnte natürlich nur der BRD/DDR-Grenz-Zwickel der faktisch am weitesten ins DDR-Gebiet hineinreichend bei Gorleben sein! (Persönlich ist diese Entscheidung an MP Albrecht festzumachen.)

Gelöst hat sie diese Probleme in ihrer längeren Regierungszeit ebenso wenig, wie die Schaffung von Alternativstandorten in ihren Stammwählerländern. Es entsteht der Eindruck, dass sie diese aus Wiederwahlgründen schonte.

Die **SPD** unter Bundeskanzler Helmut Schmidt hat zur damaligen Ölkrise die Energiekonzerne RWE und Preußen Elektra u.a. regelrecht genötigt, endlich Atomkraftwerke zu bauen. Als Vorleistungen des Staates wurden die Endlagerfrage und Sonderabschreibungen vereinbart.

Die SPD hat den Verkauf der ostdeutschen Energieversorger, der HEW (als reichstes Stadtwerk) und der BEWAG an Vattenfall veranlasst. Auch die RWE ist aus einem teilkommunalen Unternehmen hervorgegangen und die Stadt Essen verfügt noch immer über eine Sperrminorität. Das sollte auch Frau Kraft wissen.

Herr Gabriel will nun auch klagen - am besten gegen Helmut Schmidt - der steht noch zur Verfügung.

Die **Grünen** haben unter Umweltminister Trittin vorsätzlich Verstopfungsstrategie gefahren, indem sie die Endlagererforschung blockiert und ausgesetzt haben (10 Jahre Zeitverlust).

Die Endlagerproblematik besteht ohnehin unaufschiebbar - auch bei Sofortausstieg. Da haben die Grünen unter Umweltminister Trittin das Gegenteil von notwendigem Staatshandeln praktiziert und sich stattdessen demagogisch profiliert.

Das ist vergleichbar mit dem Fall, dass ein Bürgermeister einen Stadtbrand entdeckt. Statt die Löschung zu organisieren, belässt er die Feuerwehr per Order im Depot und zeigt nur lauthals auf den Schuldigen. Otto Normalbürger könnte das wegen unterlassener Hilfeleistung Bekanntschaft mit den Staatsanwalt bescheren.

Die **FDP** hat alle Entscheidungen der CDU und SPD als Koalitionspartner stromlinienförmig mitgetragen. Sie begreift sich ohnehin als Klientelpartei der Unternehmer und Freiberufler und natürlich der Stromkonzerne. So nach dem Motto: "Was kümmert mich da fremdes Elend?"

Die **Linkspartei** war als SED ebenso eine pro Atompartei, wovon sie nunmehr nichts mehr wissen will. Nun möchte sie - da es populär ist - sogar die Grünen auf dem *Grünstreifen* überholen - warum wohl?

Die vielgescholtenen privaten Stromkonzerne - die nun laufend von den jeweiligen Oppositionsparteien mit Schuldzuweisungen überhäuft werden - sind eindeutig die Ur-Eigenprodukte deutscher Politik.

Die im Bundestag vertretenen Parteien schreien laut und demagogisch nach dem Motto: "Haltet den Dieb", damit ihre Leichen im Keller keiner entdeckt".

Bei all den kontrovers und demagogisch geführten Diskussionen - die es zu dieser Problematik nirgendwo sonst auf der Welt gibt - darf man zum Verständnis diese politisch-historischen Fakten nicht außer Acht lassen!

Aktuell wird durch die Parteien die "Hexenjagd" auf Herrn Sarrazin betrieben, nur weil es einer wagt, die im Kern politische Schuldenanhäufung krass darzustellen. Die Lehre daraus: Etwas moderatere Töne bringen leider nichts. Dazu folgendes Beispiel: 2007 habe ich zu diesem Thema *Integration und Brutzellen des Terrorismus in Deutschland* dem damaligen zuständigen Bundesinnenminister (der großen Koalition), Herrn Schäuble ein Schreiben mit dem Titel: *Anregung einer Gesetzesinitiative* gesandt. Inhalt und Prioritätensetzung darin waren: 1. In Moscheen ist nur noch Deutsch zu predigen 2. Die Imame bedürfen einer staatlichen (deutschen) Zulassung (wie in der Türkei) und 3. Erst dann gemäß dem

Vorschlag von Bundespräsident Horst Köhler: Ausbildung von Imamen in Deutschland (was ja ohnehin länger dauert).

Antwort von Herrn Schäuble: *Unsere Gesetze lassen es nicht zu*. Wie soll man das bezeichnen? Wenn nicht einmal die Überschrift gelesen wird: Arrogante Ignoranz oder ignorante Arroganz? Sind die Castor- und Stuttgart 21-Demonstranten vielleicht doch nur *Wutbürger*?

Nachtrag:

In der überaus basisdemokratischen Schweiz - mit deren Hang zu jeglichen Plebisziten - regieren dennoch alle Parteien mit und es gibt immer aktuelle Mehrheitsentscheidungen. Keiner kann sich damit aus vergangener Regierungsverantwortung stellen.

Dort existiert ein (politisches) Problem Kernenergie und Endlager überhaupt nicht. Stattdessen werden 3 geeignete Endlager erkundet. Schon heute ist klar, dass nur eines den Zuschlag erhalten kann. Die leer ausgehenden Kommunen haben bereits angekündigt, erheblichen Schadenersatz zu beanspruchen. Offenbar ist so ein Endlager dort lukrativ (auch bei Verzicht auf anderweitige Industrieansiedlungen).

Aber was hat nun Lubmin und die hiesige Region davon - nichts?

Hat unser Grundgesetz vielleicht doch einen Webfehler?

Es sei mir nachgesehen, dass ich an dieser Stelle gerade Lenin zitiere: *“Man stolpert allenthalben, ohne sich recht bewusst zu werden, über was man stolpert. – Es sind ungelöste Grundfragen.”* Diese hatte er sicher reichlich. Haben wir vielleicht auch ungelöste Stolpersteine?

20.12.2010 Horst Thieme